Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 34b – Dringlichkeitsantrag Schülerbeförderungskosten

Dazu sagt die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Anke Erdmann:

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 386.11 / 01.07.2011

Gemeinsam die Kuh vom Eis holen

Die Linken haben mit Ihrem Dringlichkeitsantrag heute die Möglichkeit geschaffen, über eine Lösung in der verfahrenen Situation in Sachen Schülerbeförderung zu debattieren. Die Landesregierung hat sich bei der Schülerbeförderung komplett verrannt. Aber hier und heute ist eine Chance das Ruder zu reißen, meine Damen und Herren von Union und FDP.

Einige legen die Chance so aus, dass wir noch einmal in die Grundsatzdebatte einsteigen. Das kann ich verstehen, es juckt in den Fingern. Als Schwarz-Gelb im letzten Dezember die Landesbeteiligung an den Kosten der Schülerbeförderung in Höhe von jährlich sieben Millionen Euro einkassiert hat, haben wir von der Opposition alle dagegen gestimmt. Wir Grüne haben Gegenfinanzierungsvorschläge gemacht, die Sie ausgeschlagen haben.

Ich sehe die Chance heute eher darin, dass wir als Opposition einen Lösungsweg anbieten, den die Fraktionen von Union und FDP nicht ablehnen können: Wir sollten versuchen, die Kuh vom Eis zu bekommen. Unser Vorschlag ist pragmatisch und er ist kostenneutral und schafft schnelle Hilfe – nicht mehr, nicht weniger! Es ist kein Grundsatzantrag. Die Latte hängen wir tief, damit FDP und Union drüber springen können.

Ändern Sie das Schulgesetz. Die Kreise sollen die Satzungen vor Ort so verabschieden können, wie sie es für richtig halten. Wir können das heute nicht – wie es nötig wäre – als Gesetz beschließen. Aber wir können ein Signal setzten, dass wir den Paragraph 114 Absatz zwei im Schulgesetz schnellstmöglich anpacken. Dann hat der Innenminister auch keinen Handlungsdruck.

Inzwischen haben fast alle Landkreise Beschlüsse gefasst - das Zähneknirschen, die Eltern zwangsweise zu beteiligen, war von fast überall her bis nach Kiel zu hören. In vielen Kreisen fragt man sich zum Beispiel wie es zusammen passt, kleine Grundschulen zu schließen und gleichzeitig die Eltern an den Fahrtkosten zur nächsten Grundschule zu beteiligen. Es gibt Kreise, die wollen die Familien auf keinen Fall belasten – unabhängig davon, ob das Land seinen Zuschuss dazu gibt oder nicht.

Manchmal ist es gut innezuhalten und zu sehen, ob man eigentlich nur noch mit dem Kopf durch die Wand will. Meine Damen und Herren von FDP und Union, der Zeitpunkt ist jetzt. Wenn Sie das neue Schulgesetz verteidigen wollten – und dazu hatten Sie in den letzten Monaten viel Anlass – dann haben Sie auf die neuen Freiheiten hingewiesen, die das Gesetz nach Ihrer Meinung böte. Warum wollen Sie denn genau an dieser Stelle die Entscheidung der Kreise soweit einschränken? Wenn es Kreise gibt, die die Elternbeteiligung für falsch halten, dann sollten wir dem nachgeben. Das ist doch eigentlich vollkommen Ihre Logik. Geben Sie sich einen Ruck.

Wenn Sie unserem Vorschlag zustimmen, dann kann sich Minister Schlie auch entspannen und muss nicht die Kreise zwingen, die Eltern zu beteiligen. Ist doch nicht schön, mit so viel Zoff in die Sommerpause zu gehen. Der Ermessensspielraum ist dann so glasklar, dass er gar nicht tätig werden muss, um die Umsetzung des entsprechenden Paragraphen zu erzwingen.

Zum Abstimmungsverhalten: Bei den Anträgen von SPD und Linken können wir die Intention verstehen. Aber wir werden uns enthalten. Wir übersetzen sie so: Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die vom Landtag beschlossenen Gesetze nicht umzusetzen. Das geht so nicht, auch wenn uns der Passus, der da umgesetzt werden soll, inhaltlich nicht passt.

Bitte stimmen Sie zu: Heute das Signal, Gesetzesänderung nach der Sommerpause anpacken und der Innenminister hält den Ball flach!

***